

## Zum Budgetkampf in England.

Der Premierminister Asquith hat nun den Kampf gegen das Oberhaus begonnen. In einem Antrage an das Unterhaus hat er den Lords Verfassungsbeschuldigung vorgeworfen und die baldige Beseitigung von Neuwahlen angekündigt. In der Begründung seines Antrages sagte der Minister u. a.: Das Haus sei in eine Lage gekommen, die in der Geschichte des Parlamentes ohne Beispiel sei. Als das Budget das Unterhaus verließ, habe es in größerem Maße als irgendeine andere Vorlage das

wohlerwogene Werk der Volkvertreter borgelegt. Im Laufe einer Woche sei diese ganze Arbeit in Grund und Boden getreten worden. Es würde der bisherigen Überlieferung unwürdig sein, wenn das Haus auch nur einen Tag vergeblich ließe, ohne darüber Klarheit zu schaffen, daß es nicht gesonnen sei, die schmerzliche Schmach und die unerhörtesten Übergriffe, die ihm seit zwei Jahrhunderten widerfahren seien, zu ertragen. Asquith erklärte dann die Zustimmung für lächerlich, daß die Regierung

### ein neues Budget

einbringen und es der Zustimmung oder der Ablehnung der Lords unterbreiten solle. Ein Minister, der einen derartigen Vorschlag machen würde, würde nicht fünf Minuten das Vertrauen der Unterhausmitglieder behalten. Nach der Ansicht der Regierung sei der alleinige Weg, den sie einschlagen könne, ohne das Gesetz über die Verfassung zu verletzen, dem König anzuraten, so rasch wie möglich das

### Parlament aufzulösen.

Der König habe diesen Vorschlag bereits angenommen. Wenn die Regierung so glücklich sein sollte, das Vertrauen des Unterhauses zu gewinnen, würde die erste Handlung sein, alle in dem Finanzgesetz enthaltenen Steuern und Abgaben mit Wirkung von dieser Woche ab wieder zu erheben und alle bisherigen Steuereinzahlungen und Zahlungen für rechtmäßig zu erklären. Mittlerweile müßten alle, die ihre Steuern entrichten wollen, diese zu dem genehmigten Satz einzahlen. Die Frage sei nicht, ob man ein Einkammer- oder Zweikammerparlament haben solle, sondern ob, wenn die Unionisten (Konservativen) die Macht haben, das Unterhaus allmächtig, und wenn die Liberalen an der Macht seien, die Lords allmächtig sein sollen. Asquith schloß: „Die Lords haben das Finanzgesetz verworfen, nicht aus Liebe zum Volk, sondern aus

### Das gegen die Regierung.

Sie haben ihren Standpunkt mit voller Überlegung gewählt und sie haben sich entschlossen, die ungeschriebenen, aber durch die Zeit gegebenen Bestimmungen der Verfassung für ein Nichts zu achten. Aber ihr Vorgehen wird viel weiter reichende Folgen haben. Wir haben die Herausforderung nicht veranlaßt. Wir bitten das Haus und zum frühesten Termin auch die Wählererschaft, zu erklären, daß die Stimme und das Organ des freien Volkes seine gewählten Vertreter sein sollen.“ Der Antrag Asquith wurde mit 349 gegen 134 Stimmen angenommen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

\* Ungarische Blättermeldungen zufolge wird Kaiser Wilhelm im nächsten Jahre dem Grafen Andrássy einen Besuch abstatten, um, wie jetzt Prinz Heinrich von Preußen, an der Jagd teilzunehmen.  
\* In einigen Kreisen ist das Gerücht aufgetaucht, der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg habe ein gewisses Interesse an der Wahl des Erbprinzen von Hohenzollern (des früheren Kolonialdirektors) zum Vizepräsidenten des Reichstages zu erkennen gegeben. Galvanisch wird erklärt, daß dieses Gerücht jeder Grundlage entbehrt. Die Wahl des Reichstages ist eine interne Angelegenheit des Reichstages, in die jegliche Einmischung von außen her unzulässig erscheint.  
\* Der Bundesrat hat dem Freund-

schafts- und Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaat Bolivien die Zustimmung erteilt.

\* Die Zentrumspartei hat im Reichstage den Antrag der linken Session wieder eingebracht, die verschiedenen Regierungen zu ersuchen, einen Entwurf vorzulegen, der die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und seines Stellvertreters sowie das zur Geltendmachung dieser Verantwortlichkeit einzuhaltende Verfahren regelt.

\* Der jüngst gegründete Verband der Beamtenvereinigungen erklärt in einer Kundgebung, daß die Verbandmitglieder als treue Diener der Republik außerhalb der Parteikämpfe bleiben und die öffentliche Ordnung nicht stören wollen. Es sei einstimmig beschlossen, den Streik nicht als Mittel zur Verteidigung der beruflichen Interessen zu betrachten.

\* Im Großherzogtum Sachsen-Weimar fanden am 2. d. zum erstenmal die direkten Wahlen zum Landtag nach der neuen Wahlordnung statt. Nach dem bisherigen Ergebnis wurden in den städtischen Wahlkreisen neben bürgerlichen Kandidaten einige Sozialdemokraten gewählt.

\* Im meiningener Landtag ist der Sozialdemokrat Redakteur Wöhler zum Vizepräsidenten gewählt worden.

### Osterreich-Ungarn.

\* Der österreichische Minister des Äußeren v. Aehrenthal wird demnächst nach Berlin kommen, um den Besuch des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg zu erwidern und mit diesem den in Wien begonnenen Gedankenaustausch fortzusetzen.

### Schweiz.

\* Zum Bau von Eisenbahnen in der Türkei hat sich in Glarus (Schweiz) eine Aktiengesellschaft gebildet, der zum großen Teil deutsche und schweizerische Banken angehören. Die Gesellschaft beginnt mit einem Aktienkapital von 10 Mill. Frank.

### Italien.

\* Das Kabinett Giolitti, das dreieinhalb Jahre in Italien die Geschäfte geführt hat, ist unerwartet zurückgetreten. Die von Giolitti gewünschte Steuerreform, die eine steigende Einkommensteuer vorseh, ist bereits von den Kommunisten zu Fall gebracht worden. So sah sich Giolitti veranlaßt, dem Könige seinen Rücktritt anzubieten. — Das Wirken des scheidenden Ministers ist für Italien legendarisch gewesen. Welche Folgen der Kabinettswechsel in der äußeren Politik haben wird, läßt sich erst absehen, wenn die neuen Minister im Amte sein werden.

### Amerika.

\* Die Regierung der Ver. Staaten hat dem Vertreter Nicaraguas in Washington seine Pässe gestellt, d. h. sie hat mit dem von der Revolution durchbrochenen Lande die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. In die Gewässer Nicaraguas sind mehrere Kriegsschiffe entsandt worden.

## Deutscher Reichstag.

Am 3. d. hielt auf der Tagesordnung zunächst die Wahl des zweiten Vizepräsidenten und der Schriftführer.

Der Namensantrag ergibt die Abgabe von 322 Stimmzetteln. 98 davon sind unbeschrieben, also ungültig. Es sind abgegeben 178 Stimmen für den Abg. Erbprinzen zu Hohenzollern, 42 für den Abg. Singer, je eine für die Abgg. Hovel, Müller-Meinungen, Gostein und Gröbner.

Auf Vorschlag erklärt  
Abg. Erbprinz zu Hohenzollern-Bangenburg (freik.) : Ich nehme die Wahl an. (Rede. Befehl ruht und im Zentrum, den die Linke mit lauten Beifall beantwortet.)

Es folgt der Namensantrag zur Wahl der 8 Schriftführer. Das Ergebnis wird während der Sitzung ermittelt.

Nächster Gegenstand ist die erste Lesung des Handelsprotokolls mit England. Staatssekretär des Innern Delbrück liest die Vorlage an. Der Entwurf wird in erster und zweiter Lesung ohne weitere Debatte angenommen.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage auf Abänderung des § 15 des Zolltarifgesetzes zwecks Hinausschiebung der Hinterbliebenenversicherung.

Staatssekretär Delbrück: Wir waren mit dem vom Reichstage einstimmig § 15 des Zolltarifgesetzes grundsätzlich einverstanden. Meine beiden Amtsvorgänger waren rüchlos demüthigt, die Verpflichtung dieses Paragraphen zu erfüllen. Aber die hier vorgesehene Mittel kosten nicht in solcher Höhe und in solchem Umfang, daß die

Einführung der Hinterbliebenenversicherung schon am 1. Januar 1910 möglich war. Das Ziel kann nur erreicht werden, wenn die Hinterbliebenenversicherung sich aufbauend auf festen Reichsbeiträgen und Beiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Sie soll gleichzeitig mit der Ausdehnung der Krankenversicherung auf landwirtschaftliche Arbeiter, Hausarbeiter und Gesinde in Kraft treten und dazu ist der 1. April 1911 in Aussicht genommen.

Abg. Jung (nat.-lib.): Wir sind von der Notwendigkeit einer Hinausschiebung des Termins überzeugt worden. Der Verlauf des Jahres 1902, schon damals das große sozialpolitische Werk finanziell sicherzustellen, ist gescheitert. Gewünscht wäre, die Hinterbliebenenversicherung auch Mittelstandskreisen zugänglich zu machen. Möglich ist, daß wir den Termin des Inkrafttretens noch einmal hinausschieben müssen. Der barometrische Zug, der der neuen Reichsversicherung das unerschöpfliche Gehör gibt, muß der Hinterbliebenenversicherung ferngehalten werden.

Abg. Frhr. v. Richthofen (son.): Auf Einzelheiten gehe ich nicht ein. Wir haben hier kein sozialpolitisches, sondern ein technisches Gesetz und wir erkennen es als technisch unmöglich an, das Gesetz schon am 1. Januar 1910 in Kraft treten zu lassen.

Abg. Mugdan (frei. Sp.): Wir beantragen die Verweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern und bedauern, daß uns die

### Reichsversicherungsordnung

noch nicht unterbreitet worden ist. Selten ist ein Gesetz so ungenügend vorbereitet, wie hier die Hinterbliebenenversicherung, und das Zentrum scheint das gar nicht zu bedauern. Vor einer weiteren Beschleunigung haben Sie sich zu enthalten. Aber das Gesetz zugunsten der Armen der Armen soll hinausschieben werden.

Staatssekretär Delbrück: Durch die abfällige Kritik der Reichsversicherungsordnung, die den Bundesrat noch nicht passiert hat, kommt der Regierungsvorsetzer in eine schwierige Lage. Die Verbündeten Regierungen sind nicht dafür verantwortlich, daß die Einnahmen aus § 15 des Zolltarifgesetzes nicht reichlicher gelassen sind. Ich betone, daß es und nicht möglich war, die Hinterbliebenenversicherung rechtzeitig fertigzustellen. Schade Dr. Mugdan an meiner Stelle, dann wäre es natürlich anders. Um so feierlich bin ich davon überzeugt, daß es uns unter der freundschaftlichen Unterstützung des Herrn Mugdan gelingen wird, das Gesetz wenigstens bis zum April 1911 fertigzustellen.

Abg. Rollensdörfer (sp.): Die Vorlage ist rund abzulehnen, damit die Witwen vom nächsten Jahre ab ein klagbares Recht haben. Die Frau Witlow war sozialpolitisch unerschütterlich. Schritt für Schritt ist das Zentrum zurückgewichen.

Abg. Trimbora (sp.): Nach der bisherigen Debatte bin ich fast Angelegener. Angelegt bin ich, weil vierzig Millionen für Arbeiterwitwen angesammelt sind, angelegt von Liberalen und Sozialdemokraten. Wir stimmen der Vorlage zu, behalten uns aber vor, diejenigen Personen, denen durch das Ausschleiden der Vorlage Nachteile entstehen, in das spätere Gesetz mitanzuschließen. Kommissionsberatung ist nicht notwendig. Herr Mugdan klagte genau genommen den Block an. Was hat der hier geleistet? Wir haben feinerseits offen erklärt:

### Ohne Witwen- und Waisenversicherung kein Zolltarif!

Offen und nicht (zu den Sozialdemokraten) wie hinterlistige Intriganten, die im Trüben fischen wollen. Wider meinen Willen habe ich das Schiff des § 15 etwas entleeren müssen. Die äußerste Linke sprach damals von der Witwen- und Waisenversicherung, als von politischer Hochpolitik. (Abg. Stadthagen: Wer?) Herr Stadthagen könnte es gewesen sein. Wie kommen die Freihändler, die darüber geklagt haben, daß die Zölle eine so große Last seien, jetzt dazu, sich zu beschwerten, daß die Zölle nicht so viel gebracht haben? Was wollen diese falschen Propaganden? § 15 des Zolltarifgesetzes war und bleibt ein großer sozialpolitischer Fortschritt.

Staatssekretär Delbrück: Ein Rechtsanspruch für die Arbeiterwitwen läßt sich ohne finanzielle Grundlage nicht schaffen. Ob der Witwenversicherung rückwirkende Kraft gegeben werden kann, läßt sich noch nicht absehen.

Abg. Ling (freik.): Wir stimmen der Begründung der Vorlage zu. Ohne Rücksicht auf die Reichsversicherung unmöglich. Die Vorlage muß vor Schluss der Legislaturperiode gebracht werden.

Abg. Wolfenb. (sp.): Die Witwen und Waisen haben vorläufig nur taurus Fleisch und Brot und das verdient sie dem Zentrum.

Abg. Mugdan (frei. Sp.): Trimbora's Rede war ein reiner Kinderreißer. § 15 des Zolltarifgesetzes war ein sozialpolitisches Feigenblatt.

Abg. v. d. G. (sp.): Die Sozialpolitik liegt im Interesse des gesamten Volkes. Dinge es nach dem Freium, so hätten wir überhaupt noch keine Arbeiterversicherung. Die Wahl in Halle zeigt, wohin der Freium treibt.

Nach unmerklichen Auseinandersetzungen zwischen den Abgg. Ledebour (sp.) und Trimbora (sp.) verließ sich das Haus.

## Verfuchter Raubmord auf einem Berliner Postamt.

In dem Zweigpostamt 60 in der Schwedenstraße zu Berlin ist ein unglaublich seltener Raubmord auf den diensttuenden Beamten, den Oberpostassistenten Ubel, verübt worden. Nachmittags gegen 4 Uhr erschienen in dem Postamt des Postamts zwei jüngere Männer, die an einer Schreibpulte herantreten und sich ansehend dort mit Schreiben beschäftigten. Wie jetzt feststeht, waren dies die beiden Raubhunden, die halb darauf den Raubmordversuch auf den Beamten ausführten. Sie hatten den Raum nur betreten, um sich zu überzeugen, ob ihrem Plan auch keine Schwierigkeiten durch die Anwesenheit von Publikum oder einem zweiten Beamten erwachsen könnten. Nachdem sie ihre Feststellungen gemacht hatten, verließen sie das Amt und begaben sich auf die Straße. Dann betreten sie das Haus wieder durch den Hauptingang, der zu den Wohnungen führt. Sie wußten darauf bedacht sein, etwaige Zeugen ihrer Tat, die sie durch ihr Dazwischentreten an der Ausführung des Verbrechens hindern konnten, zu entfernen. In erster Linie kam eine Frau Collag in Frage. Einer der Täter lockte sie aus ihrer Wohnung, indem er sich nach einem Herrn Gerde erkundigte, der angeblich in dem Hause wohnen sollte. Da Frau Collag



dem Postamt anwesend war, ein Glas Bier aus der Wirtschaft zu holen, gleichzeitig gab er ihr das erforderliche Geld. Während Frau C. die Verorgung ansaherte, eilten die beiden Verbrecher in das Postamt zurück und traten an den Schalter heran. Der eine von ihnen forderte zwei Fünfzigmarken und legte auch sofort 10 Bsp. zur Bezahlung hin. Ubel schneite seine Wappe, um die Marken herauszuholen. Als er die beiden Wertzeichen von dem Bogen abtrennen wollte, zog der zweite der Männer, der hinter dem ersten gekniet war, einen feststehenden Revolver aus der Tasche und gab einen Schuß auf Ubel ab. Der Mörder hatte nach der Brust des Beamten gezielt, die Kugel verfehlte aber glücklicherweise ihr Ziel. Ein zweiter Schuß verfehlte. Darauf ergriffen die Verbrecher die Flucht und entkamen unerkannt. In einer amtlichen Bekanntmachung wird auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 500 Mk. ausgesetzt.

## Freisprechung im Kieler Werftprozeß.

Nach fünfmonatlicher Verhandlung hat der Prozeß wegen der Unterschleife auf der Kieler Reichswerft mit der Freisprechung sämtlicher Angeklagter, von denen einige ein Jahr lang in Untersuchungshaft waren, geendet. Der Geschworenensobmann verurteilte nach anderthalbständiger Beratung, daß alle Schuldsfragen verneint worden seien. Staatsanwalt und Verteidigung verzichteten nach dem Wacdrpruch auf alle Anträge. Die Angeklagten wurden sofort aus der Haft entlassen und von ihren Angehörigen mit Glückwünschen empfangen.

## Ein Blick in die Zukunft.

8) Novelle von G. Schirmer.

(Fortsetzung.)

„Es sind ja nur wenige Tage nötig, meine geliebte Rosa. Vielleicht reisen Hördes schon morgen ab, sie werden sich wundern, wenn ich mich ihnen nicht anschließe, doch dafür wird sich schon ein Grund finden. Ich würde meinem Freunde noch nichts von unserm Verzeihungsbund sagen, denn er würde ihn der Öffentlichkeit preisgeben, es ist dies eine Eigenschaft, die er neben seinem sonst vorzüglichen Charakter besitzt. Sind Hördes fort, dann werde ich mich besonders deinem Vater anschließen und ich hoffe, er wird mir, wenn wir ihn gemeinschaftlich bitten, deine Hand nicht verweigern.“

Rosa sah schon wieder ganz beruhigt aus, und von den schönsten Hoffnungen erfüllt, traten beide aus dem Walde und überblickten die jetzt im herrlichsten Sonnenschein vor ihnen liegende Welt. Hubert schloß die Geliebte noch einmal an seine Brust, dann ließ sie eilig den Pfad entlang, der zum Hotel führte, während er sich am Saume des Waldes niederließ, um seinen Gedanken nachzuhängen.

Am Nachmittag desselben Tages erhielt Herr Hörde eine Depesche, die ihn veranlaßte, seine Adresse zu beschleunigen. Den folgenden Tag schon wurden die Koffer gepackt und nach einem herzlichen Abschied schied die Familie Hörde von den Freunden und von der lieblichen Insel. Rosa war aufrichtig betrübt, sie hatte in Frau Hörde eine neue Freundin gewonnen und die Entfernungen waren so groß, daß ein baldiges

Wiedersehen fraglich war. Es wurde zwar ein Briefwechsel verabredet, doch diese Brücke war sehr schwankend, da Frau Hörde selbst eingestand, daß sie nicht sehr schriftlustig sei.

Es war Hubert ganz leicht ums Herz, als Hördes abgereist waren; er schloß den Freund zu hoch, als daß er ihm sein Geheimnis hätte lange vorenthalten können; und doch wollte er ihm nicht früher etwas mitteilen, bis er mit Rosas Eltern gesprochen hätte.

Er war schon viel länger geblieben, als dies zuerst seine Absicht gewesen war. Sein Urlaub war fast abgelaufen, er mußte an die Abreise denken, vorher aber sollte das entscheidende Wort gesprochen werden. Doch ein Tag nach dem andern verging, ohne daß es Hubert möglich gewesen wäre, die Gelegenheit zu einer ungeduldeten Aussprache mit dem Kanzleirat zu finden. Es schien ihm fast, als ob ihm Rosas Vater in den letzten Tagen seines Aufenthalts absichtlich auswich, und er entschloß sich endlich, ihn geradezu um eine Unterredung zu bitten.

Es war am letzten Tage, denn für den folgenden Morgen hatte er bestimmt seine Abreise festgesetzt, als Hubert auf der Veranda auf und abging. Da es noch früh am Morgen war, sah man erst einzelne Badesüßler in dem gemeinschaftlichen Frühlingsaal oder nach dem Strande hinabgehen, und Hubert wollte auch eben dort hin gehen, als Rosa eilig aus der Tür trat. Sie dachte an ihm vorbei und flüsterte ihm die Worte zu: „Ich habe der Mutter alles erzählt, es war unmöglich, das Geheimnis länger vor ihr zu verbergen. Sie

hält es für das Beste, wenn du heute selbst mit dem Vater sprichst. Mut, mein geliebter Benno!“

Damit war sie verschwunden und Huberts Herz schlug laut an seine Brust, als bald darauf der Kanzleirat auf die Veranda trat und sich somit die beste Gelegenheit zu der gewünschten Besprechung bot. Es währte nicht lange, da saßen die beiden Herren in erstem, eingehenden Gespräch beieinander und Hubert sagte dem Kanzleirat unumwunden, daß er seine Tochter liebe und hiermit um ihre Hand bitte.

Rosas Vater mochte zuerst ein verwundertes Gesicht, das jedoch immer ernster wurde, je glühender Doktor Hubert von ihrer beiderseitigen Verzeihung sprach.

„So, so — also Sie lieben sich! Das ist ja recht schnell gewonnen — und in vollständigem Einverständnis sind Sie schon? Um, das hätte ich meiner Rosa nicht zugehört.“

Mit solchen Anmerkungen unterbrach der Kanzleirat den Redefluß Huberts und dessen Erwiderung, daß die Liebe nicht erst von gestern stamme, schien den Alten eher zu erbittern als zu belustigen.

„Ich muß Ihnen gestehen, Herr Doktor, daß Ihre Werbung mir willkommen gewesen wäre, wenn Sie sich eher an mich gemeldet hätten.“

Hubert wurde glühend rot, er erwiderte aber kein Wort, sondern hörte ruhig zu als der Kanzleirat fortfuhr: „Freier würde es ganz gegen meine Grundsätze sein, meine Tochter einem Manne zu verloben, dessen äußere Lebensstellung mir noch keine Garantie irgend welcher Art bietet.“

„Aber in wenigen Jahren, vielleicht in noch früherer Zeit bin ich Professor,“ entgegnete Hubert.

„Und auf diese Aussicht hin soll ich in eine Verlobung einwilligen? Nein, nein, bester Herr Doktor, das geht nicht. Meine Tochter ist noch sehr jung, hat also noch lange Zeit zum Heiraten. Ich will Ihren Antrag nicht ganz verwerfen, aber Sie müssen mir gestatten, als Vater meine Bedingungen zu stellen, in die sich auch meine Tochter fügen muß. Ein Verlobung darf jetzt noch nicht stattfinden aus den schon erwähnten Gründen und auch, weil Sie beide sich wenig geprüft haben und Ihre Bekanntschaft zu neu ist. Ich lasse Ihnen ein Jahr Zeit, vielleicht haben Sie bis dahin eine Lebensstellung, die es Ihnen ermöglicht, zu heiraten. Vermögen kann ich meiner Tochter nicht mitgeben, und das keine Kapital, das sie nach ihrer Eltern Tode zu erwarten hat, ist nicht in Betracht zu ziehen. Falls Sie aber's Jahr noch bei der heutigen Befinnung sind, treffen wir uns wieder hier in dem schönen Sarnow und das Weitere wird sich finden. Nun, was meinen Sie, einverstanden?“

Hubert sah mit der Hand durch das Haar streichend, sagte er mit tonloser Stimme: „Darf ich in dieser Zeit an Rosa schreiben?“

„Nein,“ entgegnete der Kanzleirat, „ich wünsche, daß meine Tochter bis dahin vollständig frei bleibt. Ist Ihre Liebe fest, so wird sie auch ausdauern, bis die kurze Spanne Zeit vorüber ist, und Sie sollen in keiner Weise in Ihren Studien gestört werden. Wie schnell geht